

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 5

Buchbesprechung: Hinweise auf Zeitschriften

Autor: Stössinger, Felix

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hinweise auf Zeitschriften

Menschenrechte

Die Entrechtung des Menschen durch Staaten- und Bürgerkriege hat das Naturrecht, das in ewigen Kategorien wurzelt, wieder zu Ehren gebracht und uns für historisch und sozial bedingte Rechtsauffassungen aus eigenster Not mißtrauisch und empfindlich gemacht. Eine geschichtsphilosophische Untersuchung über die Entstehung der Menschenrechte kann auf Leser rechnen, die von der Wissenschaft eine Antwort auf die Not der Gegenwart verlangen. Der Historiker *Gerhard Ritter* untersucht in einer Studie «Ursprung und Wesen der Menschenrechte», die im 2. Vierteljahrsheft der *Historischen Zeitschrift* im Umfang von über 30 Seiten erschienen ist, unser Verhältnis zu diesem Postulat, zu dem die nationalliberale deutsche Geschichtsschreibung kein Verhältnis zu finden wußte. Daß es sich in diesen Rechten um mehr als die bloße Sicherung bürgerlicher Eigentums- und Erwerbsrechte handelt, zeigt der Ursprung des Gedankens aus der Stoa und dem Christentum. Beide kennen menschliche Gemeinschaften, die kein Staatszwang mehr erreichen kann, weil sie einer anderen Welt angehören. Erst die rationale Verarbeitung dieses Ideals durch das christliche Naturrecht gelangte zur Aufstellung sittlicher Normen, die dem Staat übergeordnet sind. Nach der Stoa besteht die Gleichheit in der Teilhaberschaft am Weltgeist; nach dem Christentum in der Gotteskindschaft. Dies einen christlichen Kerngedanken nennen, heißt aber doch der biblischen Wahrheit ihre israelitische Grundlage entziehen: die Ebenbildsidee und den Glauben an das Königstum Gottes, das seine großartigste staatliche Erscheinung im Frühprophetismus des Buches der Richter gefunden hat. In diesem Zusammenhang übersieht Prof. Gerhard Ritter aber auch den *gesamtmenschheitlichen* Charakter des Urrechts, das auch in China das Recht des Volkes auf Revolution, auf Umsturz des Staates religionsphilosophisch bejaht, wenn der Kaiser, der Sohn des Himmels, seinem göttlichen Auftrag den Menschen gegenüber untreu geworden ist. Der Rousseausche *Contrat Social* ist nur eine rechtsphilosophische Konstruktion, die gewisse ewige, bei allen Kulturvölkern vorhandene Urbegriffe begründet. Halten wir uns aber an die abendländische Entwicklung, so zeigt sich, daß die Idee der Toleranz von der ökonomischen Entwicklung gebieterisch zur Staatsnotwendigkeit gemacht wurde. Ritter zeigt, wie die junge holländische Republik als calvinischer Staat ihren Freiheitskampf führte, daß sie aber «anderseits ihre *Commerciën*, die Quelle ihres Reichtums und ihrer Macht, nicht emporbringen konnte ohne Duldung leistungsfähiger und kapitalkräftiger Elemente aus allen möglichen Glaubensrichtungen». Auch das ist eine interessante Bestätigung der Geschichtsauffassung, die zur Erklärung der Wirklichkeit *zuerst* die ökonomischen Notwendigkeiten prüft.

Im weiteren Verlauf seiner geschichtlichen Darstellung hebt Ritter noch ein anderes entscheidendes Motiv für die Entstehung einer Demokratie der Individualrechte hervor. «Die amerikanische Demokratie ist eine *Demokratie der weiten Räume*, die jedem irgendeine Chance des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs bietet... ihre nächste Parallele fand sie im 19. Jahrhundert in den weltweiten Räumen des liberalen englischen Empires, das gleichfalls große Freiheitschancen besaß. Darum gibt es in den angelsächsischen Ländern eine wirklich liberale Demokratie – anders als in der *Enge kontinental-europäischer Länder*.» Eine ausgezeichnete Einsicht und ein neues, demokratisches Argument

für die Befreiung aus der kontinentalen Enge zur kontinentalen Föderation. Ritter verkennt freilich nicht, welche Bedeutung die Tradition ständischer Freiheiten in England für die Kodifizierung der Individualrechte spielte, zu denen aber das Recht auf religiöse Toleranz lange an letzter Stelle gehörte. Die nach Amerika ausgewanderten Sektierer waren dort so untolerant, daß neue Kolonien (Rhode Island, Pennsylvania) als Freistatt verfolgter Sektierer gegründet werden mußten. Die Verbriefung von Rechten betraf fast nur Sicherungen gegenüber dem Staat für Leben, Freiheit, Rechtsprechung und Eigentum. Eine fundamental neue Begründung erhielt der alte englische Katalog von Ständerechten durch die Berufung der Bill of Rights der Staatsverfassung von Virginia auf die allgemeinsten Sätze des Naturrechts. Die Begründung einer neuen Staatlichkeit fern von jeder alten machte den Bruch mit *historischen Rechten* zur zwingenden Notwendigkeit. Also auch hier sind starke materielle Voraussetzungen des jungamerikanischen Idealismus unverkennbar.

In Frankreich entstand dagegen aus der Erklärung der Menschenrechte eine heute noch nicht für Europa gelöste Krise, weil die Revolution innerhalb historischer Wirklichkeiten mit Traditionen brach, die ihre eigene Logik haben. Da, wo die Staatsfreiheit nicht von der *Gemeindefreiheit* her sich entwickelt, wie in der Schweiz, in England, in Amerika, entartet die Demokratie zum dubiosen Besitz des Stimmzettels. Es entsteht der mythische Begriff der Volkssouveränität, der Rousseauschen *volonté générale*, hinter der sich der Zentralismus, der Diktator, der Parteiterror verstecken können. Abschließend zeigt Ritter, wie die Menschenrechte zu konkreten Forderungen werden (Sozialfürsorge, Recht auf Arbeit, Hygiene, Koalition), die sich mit dem liberalen Freiheitskatalog nicht ohne weiteres vereinbaren lassen, dem aber auch die Sowjetverfassung von 1936 ihre Reverenz erweist. Das Ziel ist, eine *Gerechtigkeit* zu erreichen, die dem *mechanischen* Gleichheitsprinzip des Naturrechts einen neuen Inhalt gibt. Die Krise der Demokratie hat also das rationalistische Naturrecht zu überwinden, ohne den Fundamentalbegriff einer unantastbaren Menschenwürde zu verlassen.

Französische Linke

Um «*Frankreichs heimatlose Linke*» zu verstehen, wie ein Pariser Brief von *Herbert Lüthy* im «*Monat*» (19) ein Weltproblem umschreibt, müssen wir uns erst mit dem «*Geheimnis der kommunistischen Stärke in Frankreich*» vertraut machen, das *Saul K. Padover*, amerikanischer Universitätslehrer und Gastprofessor der Sorbonne, in einem Artikel in «*United Nations World*» (April) kurz und rücksichtslos mit dem hoffnungslosen Zustand der französischen proletarisierten Massen erklärt. Der französische Kommunismus habe alle Gründe, auf die Verelendung der Massen zu vertrauen, denn es gebe wenige Anzeichen einer Verbesserung für sie. Es ist daher noch immer eine Partei von imponierender Stärke, die in den Wahlen mit einem Drittel bis Viertel der Stimmen rechnen kann, obwohl sie höchstens 600 000 bis 800 000 Mitglieder zählt. Der Kommunismus hat im Grubenrevier, in den Industriegebieten und in der Landarbeiterschaft seine stärksten Positionen. Seine Zeitung für das Landproletariat, «*La Terre*», beweist mit einer Auflage von 300 000 Exemplaren, daß sie eine dem Elend verständliche Sprache spricht. Nach bürgerlichen Schätzungen haben die kommunistischen Gewerkschaften 2,3 Millionen Mitglieder, die sozialistischen und katholischen zusammen nur 750 000. Außer dem gewerkschaftlichen Einfluß ist aber auch der intellektuelle beträchtlich. Daß die Kommunisten mit ihrem Anspruch, ideologisch, wissenschaftlich und zivilisatorisch

an der Spitze der Menschheit zu stehen, auf Kreise, die unter der allgemeinen Kulturkrise leiden, einen großen Eindruck machen, ist erwiesen. Immerhin geht dieser Einfluß zurück, und der Titoismus hat im französischen Geistesleben starke Positionen gewonnen.

Dem Kommunismus würde in Frankreich seine bigotte Abhängigkeit von russischen Befehlen unheilbaren Schaden zufügen, wenn die Verhältnisse nicht für ihn werben würden. Das umfangreiche Sozialsystem bietet der Arbeiterschaft keine Hilfe, weil die Preise aufwärtssteigen, während die Löhne eingefroren sind. Das soziale Ideal des Franzosen hat sich modernisiert: Wohnungen, Komfort, Kleidung, Hygiene spielen in der Phantasie der Massen eine ganz andere Rolle als früher. Große Massen der Industriearbeiterschaft sind zu einem hoffnungslosen Slum-Dasein verurteilt, ohne, wie früher, in einem guten Essen Ersatz für Entbehrungen anderer Art zu finden. Zu den wichtigsten Gründen der Unruhe gehört der Gegensatz des eigenen Elends zum revoltierenden Luxus der reichen Schichten. Die öffentliche Kontroverse über die Verelendung, Ausbeutung, Unfreiheit der Arbeiterschaft in den Satellitenstaaten macht auf die kommunistischen Wähler in Frankreich keinen Eindruck. Sie wollen Hilfe haben, ihr Kommunismus ist eine Revolte gegen das Elend, für das die französische Gesellschaft die ganze Verantwortung trifft.

Im französischen Kommunismus spiegelt sich aber doch auch das *Doppelwesen* des Franzosen wider, der ideologisch für Wagnisse, ökonomisch für Sicherheit stimmt. Die Mißerfolge des Kommunismus haben, wie Herbert Lüthys Brief im *«Monat»* mit jenem geistigen Temperament beschreibt, das wir an diesem Schweizer Publizisten schätzen, zu einer Glaubensschwächung geführt. Die kommunistischen Arbeiter zahlen zögernd und marschieren ungern; aber die Schwächung der Partei löst das Problem nicht, aus utopischen Hoffnungen in die Wirklichkeit zurückzufinden. So entstehen allerlei Grüppchen, die im Niemandsland zwischen Kommunismus und sozialem Realismus sich gegenseitig mit einer Fülle von Zeitschriften bekämpfen, Fähnlein der Aufrechten ohne Anhang, die in einem so intellektualisierten Volk wie dem französischen nie ganz wirkungslos sind. Der *Trotzkismus* übt noch immer eine starke Anziehungskraft aus – er fesselt alle Sektierernaturen, die sich von einer Rückkehr zu den «Ursprüngen» eine Erneuerung versprechen. Der Marxismus hat einen neuen Zuzug erhalten. Jean-Paul Sartre und Merleau-Ponty haben ihn mit zwanzigjähriger Verspätung, wie Lüthy meint – sagen wir lieber mit fünfzigjähriger – entdeckt, und alle Verachtung, die der Bolschewismus für den Existentialismus zeigt, hinderte diesen nicht, David Rousset wegen dessen Kampagne gegen die russischen Arbeitslager auszustoßen, die mit fünfundzwanzigjähriger Verspätung kommt. Die Krise des intellektuellen Kommunismus führt zu einer Distanzierung von den Parolen des Schdanowismus, aber zu keiner Annäherung an den Amerikanismus. Deutlich tritt aber eine nationale Form der französischen «Linken» hervor. Man ist in Frankreich links, das heißt eher republikanisch als demokratisch, und beginnt zu fragen, ob der Kommunismus «links» sei oder nur «östlich». Die Entwicklung verläuft durch ideologische Extreme, die sich mehr um Weltvisionen als um Tagesfragen kümmern. Ein *realistischer Sozialismus* könnte den Krampf lösen, denn Frankreich ist reich, und es würde seine Stagnation überwinden, wenn es der Überwindung der toten Kurven folgte, die an manchen Stellen schon genommen wurden.

Soziale Fürsorge

Der letzte Artikel, den Emmanuel Mounier im *«Esprit»* (2) veröffentlicht hat, fragt nach dem Preis, den die Gesellschaft in einem sozial vorbildlichen Staat wie Schweden

für die sozialen Einrichtungen bezahlt, die den Durchschnittsschweden von der Wiege bis zur Bahre begleiten. Daß die nordischen Länder, und besonders Schweden, an Sozialgestaltung zu den führenden Ländern der Welt gehören, ist bekannt. Jeder Schweizer kann hier eine für heimische Begriffe unfassbare Großzügigkeit der sozialen Fürsorge kennenlernen, die zwar zum großen Teil von der Sozialdemokratie geschaffen wurde, sich aber der Unterstützung des Bürgertums erfreut. Für jeden Schweden sind Notstand, soziale Rückständigkeit, soziales Vorurteil moralisch und ästhetisch unerträglich. Es gehört zum nordischen Reinlichkeitsbedürfnis, alle Fäulnisstellen der Gesellschaft vorurteilslos auszutrocknen. Freilich zeichnet Mounier Schweden als ein glückloses Land; aber was der schwedische Charakter, das Klima und die Saturierung dazu beitragen, ist eine Frage, deren Komplexität eindeutige Antworten ausschließt.

Über die Versorgung außerehelicher Kinder und Mütter veröffentlicht der *«Neue Bund»* (4), die Monatsschrift des Escherbundes für freiheitlichen Sozialismus, den Bericht einer österreichischen Schwester, die mit einem UNO-Stipendium *nordische Einrichtungen* studierte. Außerehelichen Müttern hilft der Staat zur Anerkennung ihres Kindes durch den Vater. Es ist rechtlich dem ehelichen gleichgestellt, hat Anspruch auf den Namen des Vaters und das Erbrecht der Familienangehörigen. Die Mütter werden sechs Wochen vor der Geburt in Heime aufgenommen, in denen sie bis zum sechsten Monat nach der Geburt verbleiben. Es gibt Häuser für alleinstehende Frauen mit Kindern. In Stockholm allein gibt es 450 Privatplätze für den Aufenthalt von Kindern berufstätiger Mütter. Die Kosten trägt größtenteils die Gemeinde. In Oslo und Kopenhagen werden in Kinderheimen nur 10 bis 12 Kinder aufgenommen, damit sie in einer familiären Atmosphäre leben. In Norwegen und Schweden gibt es Spezialgeschäfte für Spielzeug, das Kinderpsychologen kontrollieren.

Über *private Wohlfahrt in Amerika* und das imponierende Kinder- und Familien-Wohlfahrtshaus in Bayway (New Jersey) berichtet ein illustrierter Artikel von *«Atlantis»* (3). Es bietet hunderttausend Menschen, das heißt den Arbeitern und ihren Familien des dortigen Industriezentrums und der Raffinerien der Standardoil, von der Geburt an die mannigfaltigsten Pflege-, Bildungs-, Unterhaltungs- und Erholungsmöglichkeiten. In den verschiedensten Gruppierungen finden sich Alters- und Interessenschichten zu Erholung, Geselligkeit, Spiel, Gesundheitspflege, Freizeitgestaltung zusammen.

Kurze Chronik

Über die Krise der Linken schreibt *J. Alvarez del Vayo* unter dem Titel *«Europe's Crisis: the Left's Chance»* in *«The Nation»* (5). Über die gefährliche Schwäche der demokratischen Linken schreibt *David C. Williams* in *«Commentary»* (3), einer der besten Monatsschriften Amerikas. – *Religionsgespräche* gehören angesichts der immer intensiveren religiösen Thematik von Philosophie und Literatur zu den großen Zeitschriftenthemen. Notieren wir die große Diskussion in der *«Partisan Review»* (2–5), die Rubrik Religion in der beneidenswert guten Radio-Wochenzeitschrift des BBC, *The Listener*, das Gespräch über die Existenz Gottes zwischen Bertrand Russel und Frederick C. Copleston im *«Merkur»* (26), die regelmäßigen Religionsgespräche in der immer interessanten deutschen Monatsschrift *«Die Pforte»*. – In Belgrad erscheint deutsch, französisch und englisch eine illustrierte Wochenzeitschrift *«Das neue Jugoslawien»*. F. Stgr.